

Dringlichkeitsantrag an den Delegiertenrat der Kölner Grünen 3. Mai 2018, 12:04

Der Delegiertenrat möge auf seiner Sitzung am Samstag, dem 5. Mai beschließen:

Geschacher um Stadtwerkeposten muss Konsequenzen haben.

1. Der Skandal

Der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrates der Kölner Stadtwerke Martin Börschel (SPD) sollte am 30.04.2018 zum hauptamtlichen Geschäftsführer berufen werden. Diese Position wurde eigens für ihn geschaffen und ist nach Presseberichten mit bis zu 500.000 € Jahresgehalt und zusätzlich umfangreichen Rückstellungen für die Alterssicherung verbunden.

Mit diesem Vorschlag wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates überrascht und zur Abstimmung gedrängt. Nur der Intervention der Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die nicht über den Vorgang informiert war, ist eine Verschiebung der Abstimmung zu verdanken.

Die Absicht der Einrichtung der Stelle eines hauptamtlichen Geschäftsführers wurde nicht ausreichend begründet, geschweige denn vor dem Bekanntwerden öffentlich diskutiert. Am Verfahren der Personalauswahl waren lediglich die Mitglieder des ständigen Ausschusses des Aufsichtsrates beteiligt. Beteiligt waren Bernd Petelkau (CDU) sowie Jörg Frank (Grüne), Mitwisserin war Kirsten Jahn (Grüne). Durch die geringe Beteiligung selbst der anderen Aufsichtsratsmitglieder entstand der begründete Eindruck, dass für Herrn Börschel nach Ausscheiden aus der Politik ein Versorgungsposten geschaffen werden sollte, und dass damit weitere teure Vereinbarungen zugunsten von Politikerinnen und Politikern der CDU und der Grünen verbunden sind.

Die Empörung in der Bürgerschaft der Stadt Köln über dieses Vorgehen lässt sich in den Leserbriefspalten der örtlichen Zeitungen ablesen.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 30.04.2018 die Notbremse gezogen und einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit über der Einrichtung einer solchen Stelle eines hauptamtlichen Geschäftsführers sowie einer ggf. öffentlichen Ausschreibung der Stelle zugestimmt.

2. Starke kommunale Unternehmen in Köln können nur stark bleiben, wenn die demokratische Kontrolle funktioniert.

Bündnis 90/ Die Grünen Köln stehen zu einem ungewöhnlich breiten wirtschaftlichen Sektor in direkter und indirekter städtischer Hand, zu der in Köln ein nicht nur versorgendes, sondern auch produzierendes Energieversorgungsunternehmen, städtische Verkehrsbetriebe, eine Wohnungsgesellschaft, eine Hafen- und Gütergesellschaft und sogar ein Tele-Unternehmen sowie die 70%ige Trägerschaft der Sparkasse KölnBonn, gehören. Dies kann nämlich eine Garantie dafür sein, dass die Daseinsvorsorge im Interesse der Kölner*innen erfolgt.

Aus diesem Grund sind stark erhöhte Anforderungen an die demokratische Kontrolle und hierbei insbesondere an Vertreterinnen und Vertreter der Stadtratsfraktionen und der Stadtverwaltung zu stellen. Deren Verantwortung ist besonders hoch.

3. Die Kölner Grünen - Antiklüngelpartei

Seit ihrer Gründung haben die Kölner Grünen solche ekligen Vorgänge wie den genannten öffentlich gemacht. Dass nun die Stadtratsfraktionsspitze dieses klüngelhaftes, ja korrupte Verhalten nicht nur beschweigt, sondern selbst zu den aktiven Insidern solcher Aktivitäten gehört, darf nie wieder vorkommen. Hierbei ist es egal, ob das Verhalten aus bösem Willen oder aus Naivität erfolgt ist. Zudem haben bis heute weder Jörg Frank noch Kirsten Jahn erklärt, ob es einen Deal rund um

die inzwischen gescheiterte Postenbesetzung gab. Dies muss in jedem Fall aufgearbeitet werden. Aber egal, ob es einen Deal gab oder nicht, es liegt in jedem Fall ein unentschuldigbares Fehlverhalten vor.

4. Rücktrittsforderung

Mit Entschuldigungen und Rücktritt nur aus dem Aufsichtsrat des Stadtwerke-Konzern ist es nicht getan. Die Bevölkerung nicht nur Kölns erwartet, dass klare Zeichen gegen Klüngel zu Lasten der Allgemeinheit gesetzt werden. Deshalb fordert der Delegiertenrat die beteiligten Personen auf, von ihrer Position als Fraktionsvorsitzende und Fraktionsgeschäftsführer zurückzutreten.

Köln 3. Mai 2018

Diana Siebert

Maria Bogdanou

Begründung der Dringlichkeit

Die Grüne Stadtratsfraktion hat am 2. Mai über das Vorgehen beraten. Nachdem die Stadtratsfraktion weder über einen Verbleib noch über einen Rücktritt des Fraktionsgeschäftsführers beschlossen hat, ist spätestens jetzt eine Aufforderung der Partei angebracht.